

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 15.05.2013

N i e d e r s c h r i f t

der 15. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Integration
am Donnerstag, dem 02.05.2013,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 20:15 - 22:20 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Herr Rolf Krieger

Herr Zeynal Sahin

Frau Dr. Ulrike Krautheim

Ausschussvorsitzender

(in Vertretung für Stv. Sommer)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker

Herr Dieter Kräske

Frau Julia-Christina Sator

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Gerhard Greilich

Frau Ewa Wenig

Außerdem:

Herr Mehmet Tanriverdi

Herr Martin Schlicksupp

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Herr Christian Oechler

Herr Michael Janitzki

SPD-Fraktion

CDU-Fraktion

FDP-Fraktion

Piraten-Fraktion

Fraktion LB/BLG

(bis 21:42 Uhr)

(bis 22:15 Uhr)

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz

Frau Astrid Eibelshäuser

Oberbürgermeisterin

Stadträtin

Vom Ausländerbeirat:

Frau Sarah Stefanos	Vorsitzende	(bis 21:52 Uhr)
Herr Nabi Ibraimtzik		(bis 21:52 Uhr)
Frau Lilia Joo Chang		(bis 20:40 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Andrea Allamode	Stellv. Schriftführerin
----------------------	-------------------------

Gäste/Sachverständige:

Herrn Uwe Immel	Vorsitzender - FöSu e.V.	(bis 21:15 Uhr)
Frau Gerda Franzke-Salzer	Schriftführerin FöSu e.V.	(bis 21:15 Uhr)
Frau Gabi Schütz-Heinemann	Beisitzerin FöSu e.V.	(bis 21:15 Uhr)

Entschuldigt:

Herr Peter Sommer	SPD-Fraktion
Frau Elke Victor	FW-Fraktion

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Herr Dr. Greilich, FDP-Fraktion, regt an, TOP 7 - Änderung der Friedhofsordnung, Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.04.2013, STV/1522/2013 - zur Beratung an den HFWRE-Ausschuss zu verweisen.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, spricht dagegen, den Antrag zu verweisen, da er inhaltlich in den Sozialausschuss gehöre, da dieser für Integration zuständig sei.

Sodann lässt **Vorsitzender** über den Antrag, die Vorlage an den HFWRE-Ausschuss zu verweisen, abstimmen: Einstimmig abgelehnt.

Stv. Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen, fragt, warum sich der Antrag „Änderung der Friedhofsordnung“ (TOP 7) auf der TO befinde. Es handele sich um einen Prüfantrag, zu dem der Magistrat einen Bericht geben werde, somit müsse dieser zuerst in der Stadtverordnetenversammlung behandelt werden; erst das Ergebnis werde dann im Ausschuss behandelt.

Stv. Greilich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, entgegnet, ein Prüfantrag sei kein Berichtsantrag. Mit einem Prüfantrag werde der Magistrat beauftragt zu prüfen, ob etwas möglich ist oder nicht und somit befinde sich der Antrag zu Recht auf der Tagesordnung.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche vorgebracht werden, stellt **Vorsitzender** fest, dass die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen ist.

Tagesordnung (Öffentliche Sitzung):

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Vorstellung des Vereins zur Förderung der ehrenamtlichen Suchtkrankenhilfe und der suchtmittelfreien Lebens- und Freizeitgestaltung e.V.
3. Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds und dreier stellvertretender, stimmberechtigter Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Stadt Gießen STV/1429/2013
- Antrag des Magistrats vom 21.02.2013 -
4. Integrationskonzept STV/1422/2013
- Antrag des Magistrats vom 19.02.2013 -
5. Sozialer Wohnungsbau (*Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 13.08.2012, STV/1049/2012*);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 21.01.2013
6. Beitritt der Universitätsstadt Gießen zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene STV/1521/2013
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.04.2013 -
7. Änderung der Friedhofsordnung STV/1522/2013
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.04.2013 -
8. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Vorstellung des Vereins zur Förderung der ehrenamtlichen Suchtkrankenhilfe und der suchtmittelfreien Lebens- und Freizeitgestaltung e.V.

Herr Immel, Frau Franzke-Salzer und Frau Schütz-Heinemann, Verein zur Förderung der ehrenamtlichen Suchtkrankenhilfe und der suchtmittelfreien Lebens- und Freizeitgestaltung e.V., stellen ausführlich die Arbeit des Vereins vor. Die vorgeführte PowerPoint Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss an ihre Ausführungen beantworten sie Fragen der Ausschussmitglieder.

3. Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds und dreier stellvertretender, stimmberechtigter Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Stadt Gießen **STV/1429/2013**
- Antrag des Magistrats vom 21.02.2013 -

Antrag:

„Als stimmberechtigte Mitglieder für den Jugendhilfeausschuss gemäß § 4(1) c der Jugendamtssatzung sollen

Frau Astrid Jennifer Weber

Herr Michael Redmer als Stellvertreter für Frau Jennifer Weber

Herr Janosch Steil als Stellvertreter für Frau Xenia Bachmann

Herr Jonathan Straßheim als Stellvertreter für Frau Sandra Sacher

gewählt werden.

Die Wahl von Frau Jennifer Weber erfolgt für den ausgeschiedenen Herrn Martin Schindel.

Frau Sandra Sacher und Frau Xenia Bachmann sind bereits gewählte Mitglieder. Die Stellvertreter für Frau Sandra Sacher, Frau Xenia Bachmann und Herrn Martin Schindel waren bisher noch nicht gewählt worden.“

Beratungsergebnis: Ohne Diskussion einstimmig zugestimmt.

4. **Integrationskonzept**
- Antrag des Magistrats vom 19.02.2013 -

STV/1422/2013

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen entwickelt ein Integrationskonzept für die Stadt Gießen unter Mitwirkung des Ausländerbeirates, interessierter Bürgerinnen und Bürger und relevanter gesellschaftlicher Gruppen in einem beteiligungsorientierten Prozess.

Ziel ist, dass Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in dieser Stadt gleichermaßen die Chance zur gleichberechtigten aktiven Teilhabe am gesamten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen haben.

Immigrantinnen und Immigranten sollen bei der Integration in das städtische Leben unterstützt, bestehende Benachteiligungen abgebaut und die Potenziale kultureller Vielfalt und Identität herausgestellt werden.

Das Integrationskonzept soll bis zum Ende des Jahres 2014 der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die nachfolgende Vorgehensweise wird mitbeschlossen.“

Stadträtin Eibelshäuser begründet die Vorlage und stellt einige Eckpunkte vor. Sie führt u. a. aus, dass dem Prozess eine Integrationskonferenz vorangestellt sei, die den Stellenwert des Themas „Integration“ als Querschnittsaufgabe verdeutlichen solle. In einzelnen Foren solle zu den Themen „Erziehung und Bildung“, „Ausbildung, Arbeitsmarkt und Wissenschaft“, „Gesundheit und Alter“, „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“, „Bürgerschaftliches Engagement“ sowie „Sport und Kultur“ gearbeitet werden.

Frau Stefanos, Vorsitzende des Ausländerbeirates, begrüßt, dass sich in Sachen Integrationskonzept etwas tut, zwar langsam, aber immerhin. Die Unterstützung durch die Politik sei von entscheidender Bedeutung, so Stefanos.

In der weiteren Diskussion, an der sich Stv. Dr. Greilich, Bietz, Wenig, Janitzki, Schlicksupp, Tanriverdi, Herr Ibraimtzik (Ausländerbeirat) und Stadträtin Eibelshäuser beteiligen, äußern die Ausschussmitglieder Lob für das Integrationskonzept, das Migranten bessere Teilhabe ermöglichen solle.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

5. **Sozialer Wohnungsbau (Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 13.08.2012, STV/1049/2012);
hier: Aussprache zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 21.01.2013**
-

Stv. Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen, zeigt sich mit der Stellungnahme des Magistrats nicht zufrieden. Selbst wenn nur wenige Nachbargemeinden Interesse an einer gemeinsamen Planung haben, hätte zumindest eine Aktualisierung für Gießen bereits vorliegen könne.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, dagegen bescheinigt dem Magistrat, ein „gutes Vorgehen“ und befürwortet den Vorschlag des Magistrats, den Wechsel in der Wohnbau-Geschäftsführung abzuwarten.

Beratungsergebnis:

Nach erfolgter Aussprache wird die Stellungnahme zur Kenntnis genommen.

6. **Beitritt der Universitätsstadt Gießen zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene** **STV/1521/2013**
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 22.04.2013 -
-

Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen bekennt sich zum Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern und tritt der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene bei.

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Gießen bevollmächtigt Frau Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz, die vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas im Auftrag der Europäischen Kommission erarbeitete Charta zu unterzeichnen. Der Magistrat wird beauftragt, die in der Charta niedergelegten Verpflichtungen für die Bürgerinnen und Bürger umzusetzen und dazu einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erstellen, welcher der Stadtverordnetenversammlung innerhalb von zwei Jahren zur Abstimmung vorgelegt wird.

Des Weiteren wird der Magistrat beauftragt, halbjährlich über die Entwicklung der Umsetzung, die sich aus dem Beitritt ergibt, im Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend, Frauen, Integration und Sport zu berichten.“

Stv. Becker, CDU-Fraktion, merkt an, im Antrag sei die Ausschussbezeichnung falsch. Der Sozialausschuss heiße nicht „Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend, Frauen, Integration und Sport“ sondern „Ausschuss für Soziales, Sport und Integration“. Er bittet, dies zu ändern.

Die Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen erklären, dass sie dies natürlich ändern.

Des Weiteren wird in der Begründung im letzten Absatz der Satz „Inzwischen sind der Charta 1348 Gemeinden und Regionen aus 29 Ländern der europäischen Union beigetreten“ **wie folgt geändert:**

„Inzwischen sind der Charta 1348 Gemeinden und Regionen aus **29 europäischen Ländern** beigetreten“.

An der Diskussion beteiligen sich die Stv. Wenig, Becker, Dr. Greilich, Janitzki, Oechler und Greilich.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig zugestimmt.

7. Änderung der Friedhofsordnung **STV/1522/2013**
- Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 22.04.2013 -

Antrag:

„Vor dem Hintergrund veränderter landesrechtlicher Bestimmungen wird der Magistrat gebeten, zu prüfen, ob und in welchem Rahmen durch die Stadt Gießen Bestattungsriten von Religionsgemeinschaften zugelassen werden können, die in der derzeitigen Friedhofsordnung nicht berücksichtigt sind.

Dabei sollen vor allem überprüft werden:

- Wartezeit vor der Bestattung,
- Aufhebung des Sargzwangs,
- Ausrichtung der Gräber,
- Ruhezeiten nach der Bestattung.“

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, begründet kurz den Antrag.

Stv. Oechler, Piraten-Fraktion, stellt folgenden Änderungsantrag:

„Der erste Absatz des Ursprungsantrags wird durch folgenden Absatz ersetzt:

*Vor dem Hintergrund veränderter landesrechtlicher Bestimmungen wird der Magistrat gebeten, zu prüfen, ob und in welchem Rahmen durch die Stadt Gießen Bestattungsriten von Religionsgemeinschaften **und von Gemeinschaften, die sich der gemeinschaftlichen Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen**, zugelassen werden können, die in der derzeitigen Friedhofsordnung nicht berücksichtigt sind.“*

Die nachstehende Aussage des Stv. Greilich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wird auf Antrag des Stv. Oechler, Piraten-Fraktion, wörtlich protokolliert.

Stv. Greilich: „Ja ich denke auch, mit den Atheisten, das ist ein bisschen an den Haaren herbeigezogen, denn das sind ja keine Menschen, die besondere Bestattungsriten haben. Was Herr Oechler sagt, ist eigentlich überdenkenswert, wir werden das auch tun, aber werden jetzt den Ursprungsantrag, so wie er vorliegt, beschließen.“

An der Diskussion beteiligen sich außerdem die Stv. Dr. Greilich, Greilich, Bietz, Janitzki und Sator.

Beratungsergebnis:

Der Änderungsantrag der Piraten-Fraktion wird einstimmig abgelehnt.

Dem Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen (STV/1522/2013) wird einstimmig zugestimmt.

8. Verschiedenes

- **Stv. Becker**, CDU-Fraktion, erkundigt sich nach der Broschüre „Kinder- und familienfreundliches Gießen“. Er fragt, wie hoch die Auflage sei, welche Kosten der Stadt dafür entstanden seien und an wen die Broschüre verteilt wurde.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz antwortet, dass sie die genaue Auflagenzahl im Moment nicht wisse. Kosten seien für die Stadt keine entstanden, da sich die Broschüre über die Werbung trage. Sie sei an alle Kindertagesstätten sowie Grundschulen verteilt worden und liege an verschiedenen öffentlichen Stellen aus.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, fragt nach, ob die Stadtverordneten bis zur nächsten Stadtverordnetensitzung ebenfalls eine solche Broschüre erhalten können. **Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz** sagt dies zu.

- **Vorsitzender** teilt mit, dass die nächste Sitzung am Mittwoch, **05.06.2013, 19:00 Uhr**, stattfinde. Vorgesehen sei dann ein Tagesordnungspunkt Inklusion.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) K r i e g e r

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) A l l a m o d e